2021/41 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2021/41/bildung-ohne-boerse

Die Regierung Chinas reguliert den privaten Bildungsmarkt

Bildung ohne Börse

Von **Lucas Soorholtz**

Die chinesische Regierung will das Pflichtschulsystem mit Regulierungsmaßnahmen gegen private Bildungsanbieter fairer gestalten, tastet deren Stellung im Bereich höherer Bildung aber nicht an.

Die chinesische Regierung geht gegen private Bildungsanbieter vor. Ende Juli veröffentlichte der chinesische Staatsrat die »Ansichten über die weitere Erleichterung der von Schülern des Pflichtschulabschnitts getragenen Belastungen durch Hausaufgaben und außerschulische Trainingskurse«. Das Dokument alarmierte Chinas voriges Jahr auf 120 Milliarden US-Dollar Volumen geschätzten Zusatzschulmarkt. Anbieter von Nachhilfe und anderen Zusatzkursen dürfen künftig keine Profite mehr mit Angeboten für Kinder während des neunjährigen Pflichtschulabschnitts und für Kernfächer machen. Es ist ihnen untersagt, solche Kurse während der Ferien und am Wochenende anzubieten. Zudem dürfen sie künftig nicht mehr an die Börse gehen.

> Schätzungen der Investmentbank Goldman Sachs zufolge werden 76 Prozent des Marktes für private Bildungsmaßnahmen in China zusammenbrechen.

Bereits im März hatte Staats- und Parteichef Xi Jinping die Branche als »hartnäckige, schwer unter Kontrolle zu bekommende Krankheit« beschrieben und angekündigt, gegen sie vorzugehen. Großstädte wie Peking und Shanghai griffen hart durch. Die im Februar wegen einer Covid-19-Welle geschlossenen Zusatzschulzentren in Peking blieben »vorbehaltlich Kontrollgängen und Berichtigungen« vorerst geschlossen.

Der Aktienkurs der New Oriental Education & Technology Group, einer der größten privaten Bildungsanbieter Chinas, fiel im März an der Wall Street um 30 Prozent, im Juli fiel er nach Veröffentlichung der »Ansichten« auf 15 Prozent des Werts des Vorjahrs. Auch die Aktienkurse der anderen 17 Unternehmen des Sektors, deren Aktien auf ausländischen Kapitalmärkten gehandelt werden, fielen beträchtlich. Der Zusatzschulmarkt umfasst allerdings mehr Unternehmen, insgesamt gibt es über eine Million Zusatzschulanbieter in China. Schätzungen von Goldman Sachs zufolge werden mit den neuen Regelungen 76 Prozent des Marktes zusammenbrechen.

Während westliche Medien die Maßnahmen kritisierten, werden diese in China weitgehend akzeptiert. Bildung ist in den Augen vieler zu einem teuren und erbarmungslosen Konkurrenzkampf geworden, ohne Aussicht auf Erfolg für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Einer kürzlich veröffentlichten Umfrage zufolge haben 92 Prozent der Eltern in chinesischen Großstädten ihr Kind zu Zusatzkursen angemeldet. Über die Hälfte dieser Eltern gibt mehr als umgerechnet 1 250 Euro im Jahr für solche Angebote aus, eine starke finanzielle Belastung. Viele reagierten auf die Ankündigung des Politbüros der Kommunistischen Partei vom 31. Mai, dass **Eltern demnächst drei Kinder gestattet seien**, mit Äußerungen wie: »Drei?! Ich kann mir jetzt schon eines kaum leisten.«

Den neuen Maßnahmen folgte das Anfang September erlassene »Gesetz zur Förderung von privaten Bildungsangeboten«. Es beschränkt die Kosten für solche Angebote. Öffentliche Schulen dürfen nicht mehr Teile des eigenen Betriebs privatisieren und die Einnahmen privat geführter Schulen unterliegen einer strengeren Aufsicht. Voriges Jahr gab es 186 700 privat geführte Schulen in China, neue sollen nach dem Gesetz nicht mehr eröffnet werden dürfen. Einige Provinzen setzten sich bereits das Ziel, den Anteil der Schülerschaft auf ihrem Gebiet, der bei Privatschulen angemeldet ist, bis 2022 auf fünf Prozent zu reduzieren; derzeit sind es landesweit 10,8 Prozent.

Diese Maßnahmen sind sicherlich als Teilaspekt der derzeitigen **Regulationsanstrengungen in China** zu betrachten, doch hat das Privatschulwesen einen besonderen geschichtlichen Hintergrund. Im Bildungsbereich entstand in den neunziger Jahren zügig ein Sektor privater Bildungsträger, staatliche Stellen und nichtstaatliche Betreiber arbeiteten vermehrt zusammen. Wie in anderen Bereichen auch wurden öffentliche Dienstleistungen stärker vermarktlicht, mit dem Ziel, das unzureichende staatliche Schulwesen zu kompensieren und die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Zugleich befeuerte das Aufkommen einer prosperierenden städtischen Mittelklasse mit Einzelkindern die Nachfrage nach Bildungsleistungen.

Dieser Prozess verstärkte die Ungleichheit im Land. Während in den Küstenstädten Tausende von Privatschulen für die neue Mittelschicht entstanden, litt das Schulsystem auf dem Land unter Einsparungen im Staatshaushalt. Zugleich begannen Millionen von Bauern in die wachsenden Städte zu ziehen, um Arbeit zu finden. Der Widerwillen der städtischen Behörden, Schulangebote für die Kinder von Wanderarbeitern bereitzustellen, ließen dort eine andere Art von Privatschulen entstehen: die illegalen, sogenannten schwarzen Schulen für Wanderarbeitskinder.

Nichtstaatliche Bildungsträger bedienen also sowohl das obere als auch das untere Ende des sozioökonomischen Spektrums. Darüber hinaus werden Kinder aller sozialen Schichten vom sogenannten Schattenbildungssektor bedient. Dieser rasant wachsende Markt an Zusatzschulangeboten wuchs mit dem Wettbewerbsdruck, der durch die Aufnahmeprüfungen, die vor jedem neuen Abschnitt des Ausbildungswegs absolviert werden müssen, angefacht wird.

Dem Markt wurde in China seit Beginn der Politik der »Reform und Öffnung« 1978 zwar teils starker Einfluss gewährt, doch nicht aus Prinzip. Am Grundsatz, dass er

Schlüsselinstitutionen wie Banken und Schulen bereitstellt und kontrolliert, wurde nie gerüttelt. Er steht über dem privaten Sektor, stets bereit einzugreifen, was private Unternehmen zu ständiger Anpassung zwingt. Mit der Steigerung der Staatseinnahmen kam es in den vergangenen Jahren zur Rücknahme von Marktelementen und teils zu einer Entprivatisierung des Bildungssektors.

Die jüngsten bildungspolitischen Maßnahmen stehen in diesem Zusammenhang. Auch wenn sie als ein Schritt gewertet werden können, das Schulsystem in China fairer zu gestalten, darf man nicht vergessen, dass China nach wie vor eine stark hierarchisierte Gesellschaft mit gefestigten Netzwerken von mächtigen Interessengruppen ist.

Für die großen Unternehmen auf dem privaten Bildungsmarkt lassen die Maßnahmen Raum zur Konsolidierung ihres Geschäftsmodells und zur stärkeren Konzentration auf Angebote, die sich nicht auf den Pflichtschulabschnitt beziehen: Kurse für die höhere und berufliche Bildung sowie für die Vorbereitung auf die extrem schwierige Hochschulzugangsprüfung (chinesisch Gaokao). Auch im musischen Bereich bleibt Raum für private Angebote. Entsprechende Fertigkeiten sollen demnächst mit Zusatzpunkten bei Prüfungen für den Zugang zur Oberen Mittelschule (Jahrgänge zehn bis zwölf) belohnt werden.

© Jungle World Verlags GmbH